

Ottenbach, 17. Dezember 2002

KR-Nr. 371/2002

**A N F R A G E** von Charles Spillmann (SP, Ottenbach)

betreffend Liberalisierung im Bildungsbereich (GATS)

---

Anfang November hat sich die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) zum Thema Bildung/GATS verlauten lassen. Sie kritisiert, dass eigenmächtig gehandelt und verhandelt worden ist. Die Schweiz sei offensichtlich ohne Konsultationen von Kantonen und zuständigen Bundesbehörden im Bildungsbereich weitgehende Verpflichtungen eingegangen. Die EDK fordert deshalb die Offenlegung der entsprechenden Informationen und Verpflichtungen, damit der demokratische Meinungsbildungsprozess beginnen könne.

In der Zwischenzeit sind der EDK wohl erste Informationen zugeflossen. Ich frage deshalb den Regierungsrat:

1. Warum sind die GATS-Verhandlungen zum öffentlichen Bildungswesen nicht öffentlich geführt worden? Wer ist dafür verantwortlich?
2. Sind private Institutionen (in Zusammenarbeit mit staatlichen Vertretern) in dieses klandestine Vorgehen verwickelt?
3. Welche Verpflichtungen ist die Schweiz in diesem Bereich eingegangen? Wie stellen sich Regierungsrat und Bildungsrat zu diesen eventuellen Verpflichtungen?
4. Was tut die Regierung, damit alle Fragen im Zusammenhang mit GATS öffentlich diskutiert und demokratisch entschieden werden können?
5. Welche Folgen haben die eingegangenen Verpflichtungen für das öffentliche Schulwesen, im Besonderen für die Volksschule?

Charles Spillmann